Friederike Steiner: „Es sieht doch so aus, als habe unser Eutiner Parteitag die Sache in der SPD ins Rutschen gebracht."

Jochen Steffen und die Rolle der schleswig-holsteinischen SPD in der Neuen Ostpolitik

„Der Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes muß verstärkt werden. Zu diesem Zweck müssen, unbeschadet des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik, Vereinbarungen mit den Machthabern im östlichen Teil unseres gespaltenen Vaterlandes getroffen werden. Wer solche Vereinbarungen ablehnt, wirkt gegen verstärkte menschliche Kontakte; er fördert die Tendenz, daß nach der politischen Spaltung auch noch die menschliche Spaltung des Volkes vertieft wird. Die Kommunisten jenseits der Elbe haben jene Menschen in ihrer Gewalt, zu denen wir die Kontakte suchen. Realitäten der Macht werden nicht durch Rechtspositionen erledigt. Rechtspositionen dürfen sich nicht gegen jene Menschen auswirken, um die es uns geht."[1]

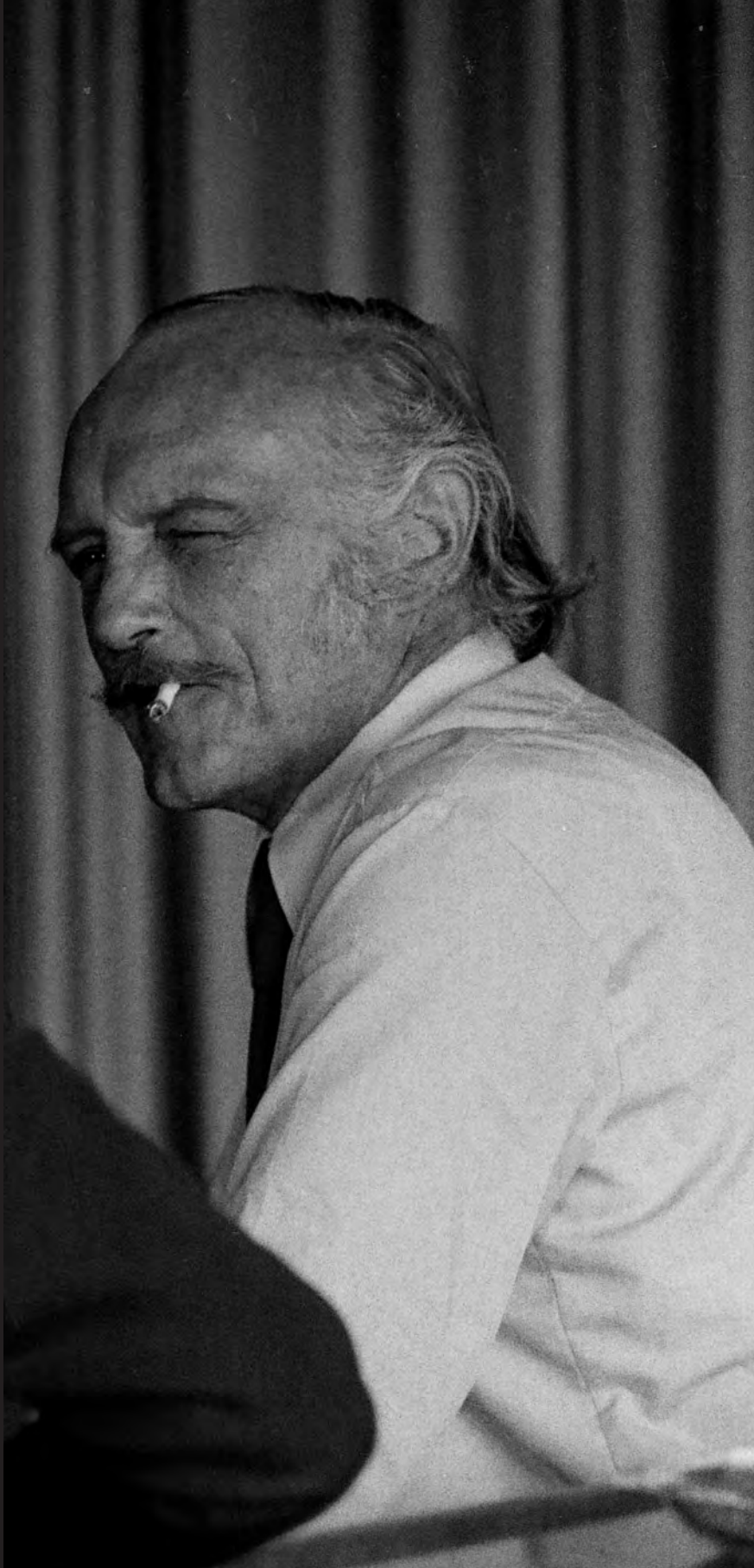
Im Januar 1966, Jochen Steffen war seit einem halben Jahr Landesvorsitzender, verabschiedete die schleswig-holsteinische SPD auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag in Eutin zwei Entschließungen, eine zur Deutschland- und eine zur Gesellschaftspolitik (im Folgenden Eutin I und II). In Eutin I, der nur knapp eineinhalb Seiten umfassenden Entschließung zur Deutschlandpolitik, forderten die Sozialdemokraten aus dem hohen Norden viereinhalb Jahre nach dem Mauerbau neben einer Verbesserung der Kontakte zwischen den Menschen beider deutschen Staaten militärische Entspannung und die Verstärkung des Interzonenhandels. In seinem Antrag für den Bundesparteitag stellte der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorstand fest, dass „die Position der jeweiligen Regierungen im gespaltenen Deutschland unvereinbarer denn je (seien)". Von einer „zementierten Spaltung", und einem „Zustand der völligen Orientierungslosigkeit unserer nationalen Politik" war die Rede. Eutin I sollte, so die Selbsterläuterung, ein Versuch sein, „über die Trümmer der erfolglosen Wiedervereinigungspolitik der Regierungsparteien (…) neue Wege zu bahnen". Die Politik des Abwartens unter der CDU-Regierung habe sich nicht bewährt und würde „die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung" in sich bergen. Ziel der Entschließung sei die Diskussion konkreter Vorschläge, die einen Raum für neue politische Entscheidungen schaffen könnten. Die drei in Eutin formulierten Vorschläge lauteten:

1. „Der Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes muß verstärkt werden."
2. „Die westdeutsche Verteidigungspolitik und Rüstung müssen unmißverständlich deutlich werden lassen, daß sie nicht als Instrumente aggressiven Drucks gegen die Mächte des östlichen Lagers dienen sollen."
3. „Endlich muß die Bundesrepublik jenen Plan des Bundestagsabgeordneten Jaksch[2] konkretisieren, der eine Wirtschaftsbeihilfe zur Verbesserung der übergreifenden Infrastruktur für Ost- und Mitteleuropa vorsieht. Zugleich muß durch eine Verstärkung des Interzonenhandels eine wesentliche gesamtdeutsche Klammer gefestigt werden."

1 Aus der Eutiner Entschließung Nr. 1, vollständig abgedruckt in: Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 255-258, hier S. 257.

2 Am 31. Mai 1961 wurde in Bonn in einem von dem SPD-Abgeordneten Wenzel Jaksch vorgelegten Bericht des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages eine aktivere Ostpolitik gefordert, die über eine Verstärkung der wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte zu einer Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten führen sollte. Dem Entschließungsantrag des Auswärtigen Ausschusses, dem sog. Jaksch-Bericht, stimmten am 14. Juni alle Fraktionen des Bundestages zu. Der Plan wurde nach dem Berichterstatter des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten Wenzel Jaksch (1896-1966) benannt, der maßgeblichen Einfluss auf den Bericht und dessen Verabschiedung genommen hatte.

Auch in dieser Momentaufnahme (vgl. Abb. S. 338) ist Joachim Steffen am Rande des SPD-Landesparteitags am 7./8. Juni 1975 in Travemünde im Gespräch mit Klaus Matthiesen: seinen Gesprächspartner mit dem rechten Auge fixierend, das linke geschlossen, wohl wegen giftiger Dämpfe, die der filterlosen Zigarette entströmen. Foto: Arne Börnsen



Dieser vom SPD-Landesvorstand formulierte Antrag zum Thema Deutschlandpolitik war Ende des Jahres 1965 für den Dortmunder Bundesparteitag entstanden. Der Begriff „Deutschlandpolitik" umfasst in diesem Zusammenhang alle konzeptionellen Bemühungen aus der Zeit von 1945 bis 1990, die den Umgang mit der DDR betreffen. In der Bundesrepublik war das 1949 gegründete Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen (ab 1969: Ministerium für innerdeutsche Fragen) offiziell zuständig für die sogenannte deutsche Frage. Anfang der 1960er Jahre begann die Oppositionspartei SPD neue deutschlandpolitische Vorstellungen und Konzepte zu entwickeln, die eng mit dem Namen Willy Brandt verbunden sind. Brandt konnte diese neue Deutschlandpolitik ab Dezember 1966 zunächst als Außenminister und drei Jahre später als Bundeskanzler nach und nach verwirklichen.

Jochen Steffen selbst schätzte die Bedeutung der Eutiner Entschließung zur Deutschlandpolitik und damit den Beitrag der Schleswig-Holsteiner für den neu eingeschlagenen Weg der Bundes-SPD rückblickend hoch ein. Drei Schlaglichter auf seine retrospektiven Aussagen verdeutlichen dies:

Knapp zehn Monate nach dem außerordentlichen Landesparteitag erklärte Steffen gegenüber den jungen Reportern von IGEL, der Zeitung der Jugendakademie für politische Bildung: „Ohne uns überheben zu wollen: es sieht doch so aus, als habe unser Eutiner Parteitag die Sache in der SPD ins Rutschen gebracht."[3]

Anderthalb Jahre nach der Verabschiedung des Antrages für den Bundesparteitag und kurz nach der verlorenen Landtagswahl 1967 blickte derselbe Vorsitzende in seiner Rede auf dem Kieler Landesparteitag auf die Leistungen seines SPD-Verbandes in Eutin zurück. Er resümierte, es sei eine große Resonanz aus dem In- und Ausland zu verzeichnen gewesen. Dreimal habe man die Entschließungen zur Deutschland- und zur Gesellschaftspolitik nachdrucken müssen, um die Nachfrage befriedigen zu können. Und er fuhr in seiner Rede fort: „In der Sache können wir wohl ohne Überheblichkeit feststellen, daß das, was die Deutschland- und die Außenpolitik betrifft, die damals noch heftig debattierten Positionen, heute beinahe als Allgemeingut gelten können."[4]

Anfang Januar 1971 – die schleswig-holsteinische SPD befand sich gerade mitten in ihrem bisher härtesten Wahlkampf[5] – schrieb Steffen in einem Artikel in der Nordwoche: „Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben bereits 1966 ausführliche Beschlüsse auf dem Landesparteitag in Eutin zur Deutschland- und Ostpolitik gefaßt, die sich voll mit der heutigen Politik der Bundesregierung decken."[6]

Der Oppositionsführer im Kieler Landtag und Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten begründete mit diesen Aussagen die Ansicht, sein Verband habe 1966 mit dem Eutiner Antrag die Entwicklung einer neuen sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik innerhalb der SPD angetrieben und eine Entschließung auf den Weg befördert, die später mit der Politik der

3 Steffen-Interview mit dem IGEL im November 1966, Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Steffen-Nachlass, 1/JSAA000040. IGEL war eine Jugendzeitschrift für Politik und Kultur, die von Carl Schmarbeck in Kiel herausgegeben wurde.

4 Rede des SPD-Landesvorsitzenden Joachim Steffen auf dem Landesparteitag der schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten am 1. Juli 1967 in Kiel, abgedruckt in: Landesvorstand der SPD (Hrsg.), Sozialdemokratischer Informationsbrief (SIB) Nr. 470/67, S. 10.

5 Im Frühjahr 1971 kämpfte Jochen Steffen gegen den CDU-Spitzenkandidaten Gerhard Stoltenberg um das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten. Der ungewöhnlich erbittert geführte Wahlkampf, bei dem die Sozialdemokraten nach einer langen Regierungsphase der Christdemokraten auf einen Sieg hofften, spitzte sich wie nie zuvor auf die beiden Kontrahenten Steffen und Stoltenberg zu. Diese waren einander nicht unbekannt: Anfang der 1950er Jahre waren beide wissenschaftliche Mitarbeiter von Prof. Michael Freund am Kieler Seminar für Wissenschaft und Geschichte der Politik gewesen. Bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 25. April 1971 musste die SPD eine Niederlage hinnehmen, obwohl sie erstmals seit 1947 wieder über 40 Prozent der Stimmen gewann.

6 Steffen-Artikel „Geschlossen hinter Willy Brandt", in: Nordwoche, 1. Januar 1971, AdsD, Steffen-Nachlass, 1/JSAA000116. Bei der Nordwoche handelte es sich um eine sozialdemokratische Parteizeitung, die von April 1969 bis Oktober 1971 wöchentlich in Schleswig-Holstein erschien. Steffen selbst war Herausgeber dieser Zeitung.

Bundesregierung übereinstimmte. Diese Einschätzung mag viele heute in Erstaunen versetzen, fand der außerordentliche Parteitag in Eutin doch zweieinhalb Jahre nach Egon Bahrs richtungsweisender Tutzinger Rede statt.

Irrtum und Mythos – auf den Spuren des Parteigedächtnisses. Wie kommt Steffen zu der Annahme, dass ausgerechnet der schleswig-holsteinische Landesverband einen entscheidenden Impuls für eine veränderte Ost- und Deutschlandpolitik der Bundes-SPD gegeben hat? Welche Bedeutung kann in diesem Zusammenhang dem Landesvorsitzenden beigemessen werden ? Können die Aussagen des Politikers als Fehleinschätzung gewertet werden, oder hat der nördlichste Landesverband in der Entwicklung einer neuen sozialdemokratischen Ostpolitik tatsächlich eine einflussreiche Rolle gespielt und diese Leistung wird seit Jahrzehnten verkannt? Handelt es sich bei den Ausführungen von Steffen vielleicht sogar um einen Mythos, den das Parteigedächtnis seit Jahrzehnten an nachwachsende Genossinnen und Genossen weitergab und gibt ?

Für die Untersuchung dieser Fragen wurde neben der Literatur zur sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik der Quellenbestand zum schleswig-holsteinischen SPD-Landesverband im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn herangezogen.

Ein Blick in die Forschungsliteratur zeigt, dass der schleswig-holsteinische SPD-Landesverband und der Name Steffen in diesem Kontext nur begrenzt auftauchen. Zumindest abgedruckt ist die „Entschließung des außerordentlichen Landesparteitages der schleswig-holsteinischen SPD in Eutin am 8. und 22. Januar 1966"[7] in einer Dokumentensammlung zur deutschen Einheit seit 1945, die 1981 von Peter Brandt und Herbert Ammon herausgegeben wurde. Auch André Schirmer berücksichtigt 1988 – ein Jahr nach Steffens Tod – in seiner Dissertation über die Deutschlandpolitik der SPD in den Jahren 1955 bis 1970 die Eutiner Entschließung. Mit der Begründung, der Landesvorsitzende habe „schon ein Jahrzehnt zuvor zu Kontakten mit der DDR zur Lösung humanitärer Fragen aufgerufen"[8], hebt Schirmer Jochen Steffen als Autor des ersten Entwurfs hervor. Den Erfolg des Landesverbandes bei den Kommunalwahlen am 13. März 1966[9] sieht Schirmer sogar als Indiz dafür, dass die schleswig-holsteinische Bevölkerung „den neuen deutschlandpolitischen Ansichten aufgeschlossener gegenüberstand als dies allgemein erwartet wurde"[10].

In der neueren Literatur zur sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik finden sich keinerlei Bezugnahmen auf Eutin I und Jochen Steffen. In einer Dokumentensammlung zur Deutschlandpolitik und sozialdemokratischen Positionen[11], die 1991 vom Vorstand der SPD herausgegeben wurde, wird die Entschließung aus Schleswig-Holstein nicht erwähnt. Auch in der zwei Jahre später von der SPD-Bundestagsfraktion herausgegebenen Beitragssammlung zur Deutschlandpolitik[12] ist von Steffen und Eutin keine Rede. In der Darstellung zur sozialdemokratischen Ostpolitik von dem

7 Brandt/Ammon, Die Linke und die nationale Frage (wie Anm. 1), S. 255-258.
8 André Schirmer, Die Deutschlandpolitik der SPD in der Phase des Übergangs vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik 1955-1970, Münster 1988, S. 153.
9 Im Vergleich zur Kommunalwahl von 1962 konnte die SPD im Frühjahr 1966 ihr Wahlergebnis tatsächlich verbessern: Insgesamt entfielen auf die Sozialdemokratische Partei 39,8% der Stimmen (1962 38,3%). In den kreisfreien Städten errangen die Sozialdemokraten sogar 48,2% (1962 45,6%) der Stimmen. Außer in Neumünster gewannen sie in allen Ratsversammlungen und Kreistagen Sitze hinzu oder hielten ihr Ergebnis. Vgl. Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein 18 (1966) 7, S. 142-150.
10 Schirmer, Die Deutschlandpolitik der SPD (wie Anm. 8), S. 154.
11 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Die deutsche Teilung und ihre Überwindung. Sozialdemokratische Positionen zur Deutschlandpolitik 1945 bis heute, Bonn 1991.
12 SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Rück-Sicht auf Deutschland. Beiträge zur Deutschlandpolitik der SPD, Bonn 1993.

ehemaligen SED-Funktionär Manfred Uschner[13] aus dem Jahre 1991 werden die Schleswig-Holsteiner ebenfalls nicht berücksichtigt. Die Monografien von Peter Bender[14] und Heinrich Potthoff[15], die beide eine Gesamtdarstellung der bundesdeutschen Deutschlandpolitik vom Mauerbau bis zur Vereinigung liefern, beachten den schleswig-holsteinischen Antrag und die Person Steffen ebenso nicht. In der Arbeit von Tilman Fichter zur sozialdemokratischen Deutschlandpolitik[16], in der der ehemalige Referent des SPD-Parteivorstandes das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zur Nation untersucht, kommen Eutin und Steffen nicht vor. Andreas Vogtmeier[17], der in seiner Dissertation die Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung unter besonderer Berücksichtigung der Person Egon Bahrs nachzeichnet, bedenkt den schleswig-holsteinischen Landesverband mit seiner Entschließung zur Deutschlandpolitik ebenfalls nicht. In der Kleinen Geschichte der SPD von Heinrich Potthoff und Susanne Miller wird im Zusammenhang mit der neuen sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik in den frühen 1960er Jahren lediglich von „Brandt und seinem Berliner Stab"[18] und der „Politik der kleinen Schritte"[19] gesprochen. Steffen und sein Landesverband finden keinerlei Erwähnung.

Die aktuellste Arbeit zur sozialdemokratischen Deutschlandpolitik ist die Dissertation von Daniel Friedrich Sturm[20]. Sturm skizziert in seiner Arbeit den Weg der neuen Ost- und Deutschlandpolitik der SPD sorgfältig nach, auch hier bleiben der schleswig-holsteinische Landesverband und sein Vorstoß unerwähnt.

Entwicklung einer neuen sozialdemokratischen Ostpolitik. Um die Frage nach der Bedeutung des Beitrags aus Schleswig-Holstein beantworten zu können, müssen neben den Aussagen von Steffen weitere Quellen hinzugezogen werden. Zunächst müssen wir in das Jahr 1959 zurückgehen. Damals waren die Sozialdemokraten davon überzeugt, dass die deutsche Vereinigung in naher Zukunft nicht zu erreichen sei. Der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer erklärte im Februar 1959 öffentlich vor dem Parteirat, man würde sich keine Illusion darüber machen, dass „die Spaltung Deutschlands keine so belastende Tatsache (sei), dass sie wortwörtlich den Sowjets auf den Nägeln brennt"[21]. Ende der 1950er Jahre tat sich die SPD noch schwer damit, diese Tatsache anzuerkennen, da sie der Erreichung des Ziels der nationalen Einheit absoluten Vorrang einräumte und nach wie vor die von Adenauer verfolgte Politik der Westintegration ablehnte. In dem am 18. März 1959 vom Parteivorstand der SPD einstimmig verabschiedeten Deutschlandplan formulierten die Sozialdemokraten Vorschläge zur Erreichung ihres Ziels. Demnach sollte auf der Grundlage einer so genannten „Entspannungszone" in Mitteleuropa, die weder der NATO noch dem Warschauer Pakt angehören sollte, beide Teile Deutschlands wirtschaftlich und politisch zusammengeführt werden.[22] Der Deutschlandplan blieb jedoch nicht lange aktu-

13 Manfred Uschner, Die Ostpolitik der SPD. Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991.
14 Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995.
15 Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990, Berlin 1999.
16 Tilman Fichter, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin 1993.
17 Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Wiedervereinigung, Bonn 1996.
18 Heinrich Potthoff/Susanne Miller, Kleine Geschichte der SPD. 1848-2002, 8., akt. u. erw. Aufl., Bonn 2002, S. 220.
19 Ebd.
20 Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.
21 Erich Ollenhauer vor dem SPD-Parteirat am 12. Februar 1959, zit. in: Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 38.
22 Deutschlandplan der SPD, zit. nach Fichter, Die SPD und die Nation (wie Anm. 16), S. 306-312.

ell. Schnell erkannten die Sozialdemokraten, dass sich mit ihm das Ziel der deutschen Vereinigung nicht erreichen ließ.[23]

Bereits ein Jahr nach der Verabschiedung des Plans, am 30. Juni 1960, verkündete der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende Herbert Wehner – mit einmütiger Unterstützung des Parteivorstandes – in der außenpolitischen Bundestagsdebatte die Neuorientierung seiner Partei in der Deutschlandpolitik.[24] In seiner Grundsatzrede – die gründlich in der Partei vorbereitet worden war – nahm Wehner Abschied von den bisherigen außenpolitischen Vorstellungen und läutete zugleich den programmatischen Wandel der SPD ein, indem er die Realitäten in der Westpolitik anerkannte und sich zu den Westverträgen der Bundesrepublik und zu einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik bekannte.[25] Die Bonner Sozialdemokraten schlossen sich damit Anfang der 1960er Jahre der Bündnispolitik Adenauers an.[26] Wehner forderte in seiner Grundsatzrede die Genossinnen und Genossen auf, von nun an gemeinsam mit der Bundesregierung „gegen Diktaturen und für das politische System des Westens"[27] zu arbeiten. Ende desselben Jahres wurde dieser neue Kurs, insbesondere die Anerkennung der westeuropäischen Bindungen auf dem SPD-Parteitag in Hannover bestätigt.

Der Bau der Berliner Mauer im August 1961 stellte eine tiefe Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte dar. Sechzehn Jahre nach Kriegsende war durch den Mauerbau das Ziel der deutschen Vereinigung in weite Ferne gerückt. Einige Sozialdemokraten nahmen dieses Ereignis zum Anlass, um ihre bisherigen deutschlandpolitischen Ziele zu überdenken und an einer Neuorientierung in der Ost- und Deutschlandpolitik zu arbeiten.[28]

Knapp zwei Jahre nach den Ereignissen in Berlin, im Juli 1963, formulierten Willy Brandt und Egon Bahr in ihren Reden auf der Festveranstaltung anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie in Tutzing das neue SPD-Konzept zur Ost- und Deutschlandpolitik. Willy Brandt, der damalige Regierende Bürgermeister von Westberlin, erinnerte in seiner Festansprache, die unter dem Motto „Denk ich an Deutschland …" stand, an seine Rede an der Harvard-Universität Anfang Oktober 1962, wo er erstmals die Idee einer neuen und verbesserten Verbindung zum kommunistischen Osten formuliert hatte. Demnach sei es Aufgabe der Bundesrepublik, „Formen zu suchen, die die Blöcke von heute überlagern und durchdringen"[29]. Dabei brauchte man, so Brandt weiter, „so viel reale Berührungspunkte und so viel sinnvolle Kommunikation wie möglich". Dies könne „zu einer friedlichen und dynamischen Transformation der anderen Seite beitragen"[30], für die die Bundesrepublik offen sein müsse. Brandt betonte in seinem Redebeitrag die Notwendigkeit der Formulierung eigener Ziele zur Lösung der deutschen Frage, um eben diese erreichen zu können und nicht aus den Augen zu verlieren. Er bezeichnete die „offene und aktive Auseinandersetzung und unsere ernsthafte Bereitschaft"[31] als Alternative zur Mauer, um langfristig den Frieden in Deutschland und Europa zu sichern. Die Geschlossenheit des Westens sei dabei

23 Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 39.

24 Vgl. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Bonn 1996, S. 501.

25 Vgl. Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001, S. 539; vgl. ferner Potthoff/Miller, Kleine Geschichte der SPD (wie Anm. 18), S. 216.

26 Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 39.

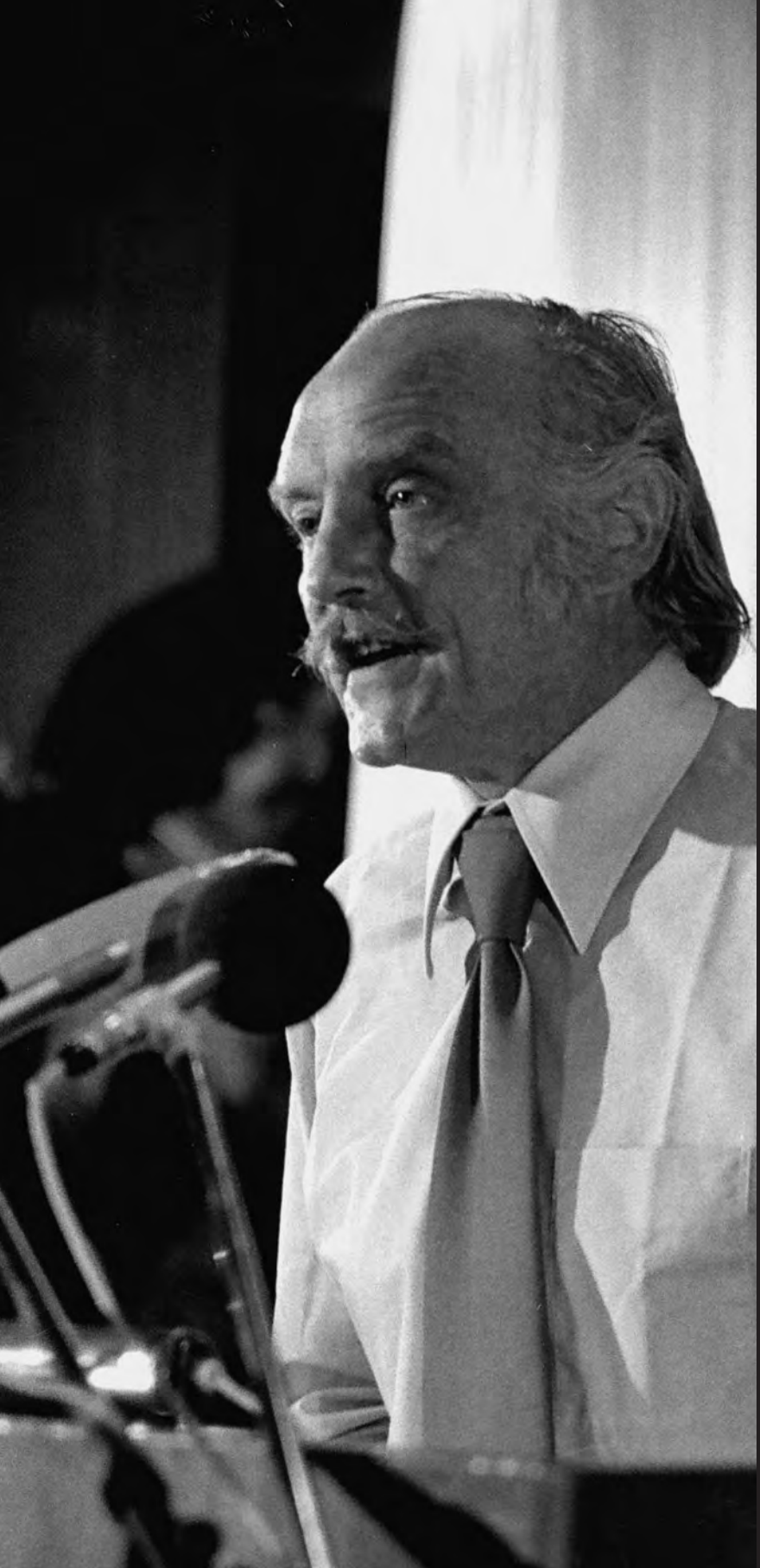
27 So Wehner am 30. Juni 1960, zit. in Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 39.

28 Vgl. Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage (wie Anm. 17), S. 59; vgl. ferner Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 41.

29 Rede des Regierenden Bürgermeisters Willy Brandt anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963, in geringfügig gekürzter Form abgedruckt in: Uschner, Die Ostpolitik der SPD (wie Anm. 13), S. 182-202, hier S. 197.

30 Ebd.

31 Ebd., S. 198.



Joachim Steffen während eines Redebeitrags auf dem SPD-Landesparteitag am 7./8. Juni 1975 in Travemünde. Man erkennt, wie er auf unmittelbare Kommunikation mit dem Publikum setzt. Foto: Arne Börnsen

eine Voraussetzung, um das deutsche Problem zu lösen. Brandt drängte, es sei längst an der Zeit, „unsere Vorstellungen darüber zu entwickeln, welche Möglichkeiten sich auf der deutschen Ebene aus der und für die Strategie des Friedens ergeben"[32]. Zu den Kernpunkten von Brandts selbstbewusst formulierten Überlegungen in Tutzing gehörte die Einschätzung, dass alles davon abhinge, die sowjetische Zustimmung zur deutschen Einheit zu erlangen.

Ein wenig zugespitzter und präziser artikulierte anschließend sein Genosse Egon Bahr den neu eingeschlagenen Weg der SPD in der Ost- und Deutschlandpolitik. Dabei war das selbsterklärte und bescheidene Ziel seines kurzen Vortrages lediglich die Formulierung einiger Bemerkungen zum Thema Wiedervereinigung, mit denen die Diskussion angeregt werden sollte. Doch Bahrs Rede erwies sich als rhetorische und dialektische Meisterleistung, die in markanter Offenheit wichtige Vorarbeit für die deutsche Einheit leisten sollte.[33] Die Beweggründe seines Vortrages waren nach Aussage Bahrs zum einen seine Zweifel, ob mit dem bisherigen Kurs der SPD das Ziel der „Wiedervereinigung" wirklich erreicht werden könne und zum anderen seine Überzeugung, dass es an der Zeit sei, die bisherige Deutschlandpolitik der SPD neu zu durchdenken. Der damalige Sprecher des von Willy Brandt geführten Westberliner Senats machte in seinem Vortrag deutlich, dass es sich bei der „Wiedervereinigung" um ein außenpolitisches Problem handele, das nur mit dem Einverständnis und der Unterstützung der Sowjetunion zu lösen sei. Demnach sei auch eine Wandlung der Bundesrepublik nötig, die dafür ihre bisherigen „Befreiungsvorstellungen" unbedingt zurückstellen müsse. Die Bundesrepublik sollte nicht länger der Illusion nachhängen, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten zum Zusammenbruch der DDR führen würden. Die Politikerinnen und Politiker der Bundesrepublik müssten vielmehr den Prozess zur Hebung des Lebensstandards in „der Zone"[34] beschleunigen. Es liege im Interesse der Bundesrepublik, die Lebensbedingungen der Menschen im östlichen Teil des gespaltenen Landes zu erleichtern. Nur so könne man der Gefahr eines „revolutionären Umschlags"[35] vorbeugen und dem „Regime" den „Selbsterhaltungstrieb"[36] nehmen. Langfristig könne dies zu einer Auflockerung der Grenzen führen. In seiner Grundannahme ging Bahr davon aus, dass die Bundesregierung zunächst einmal den Status quo anerkennen müsse, wenngleich nicht juristisch, um ihn anschließend verändern zu können. In diesem Gedanken zeigt sich die Dialektik des „Wandels durch Annäherung": Der Westberliner Sozialdemokrat war davon überzeugt, dass sich die Beziehung zwischen den zwei Staaten nur wandeln könne, wenn sich beide einander annähern würden. Mit den Forderungen nach einer Veränderung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und „der Zone" und der Stabilisierung der DDR verfolgte er das langfristige Ziel der deutschen Vereinigung und damit die Auflösung der DDR. Egon Bahr vertrat im Sommer 1963 die Ansicht, dass die „Wiedervereinigung" kein einmaliger Akt sei, sondern vielmehr „ein Prozeß mit vielen Schritten und vielen Stationen"[37].

32 Ebd., S. 201.
33 Ebd., S. 70.
34 Rede des Leiters des Presse- und Informationsamtes des Landes Berlin Egon Bahr anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Politischen Clubs der Evangelischen Akademie in Tutzing, vollständig abgedruckt in: ebd., S. 203-210, hier S. 205.
35 Ebd., S. 209.
36 Ebd.
37 Ebd.

Im bayerischen Tutzing nahm die neue sozialdemokratische Ostpolitik ihren Anfang, die in einer Arbeitsgruppe, die sich innerhalb der Westberliner SPD konstituiert hatte, fortan unter dem zentralen Motto „Wandel durch Annäherung" eine neue Konzeption der Deutschlandpolitik verfolgte, der sich auch der lange Zeit zögernde Herbert Wehner anschloss.[38] Neben Egon Bahr gehörten unter anderem auch Klaus Schütz und Heinrich Albertz dieser so genannten „West-Berliner Brandt-Fraktion"[39] an.

Die Bonner Politik unter Bundeskanzler Konrad Adenauer, die die Wiederaufrüstung, den NATO-Beitritt und die westeuropäische Einigung vorantrieb und damit auf Westintegration setzte, verhielt sich gegenüber diesen neuen deutschlandpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokraten abwartend. Ihre spezifischen Ziele der Deutschlandpolitik versuchte die christdemokratisch geführte Außenpolitik eher durch Konfrontation als durch Annäherung zu erreichen.[40] Das in Tutzing von Bahr vorgestellte Konzept beruhte, wie gezeigt, auf dem Grundgedanken, der Status quo könne nur durch Anerkennung überwunden werden. Genau diese Forderung wollte die CDU/CSU nicht akzeptieren.[41] Nach Adenauers Rücktritt übernahm am 16. Oktober 1963 Ludwig Erhard die Regierungsgeschäfte, der erneut ein Kabinett aus CDU/CSU- und FDP-Ministern bildete. Erhard und sein Außenminister Gerhard Schröder stellten den Status quo international ständig in Frage, da sie immer befürchteten, die bestehenden Verhältnisse könnten sich verfestigen.[42] Mit dieser Haltung habe sich die Bundesrepublik, so formuliert es Peter Bender, „von ihrer gesamten Umwelt"[43] isoliert.

Zu einem bedeutenden Erfolg in der Ost-West-Beziehung kam es – unter maßgeblicher Beteiligung Willy Brandts – Ende des Jahres 1963. Am 17. Dezember fanden die Verhandlungen über eine Berliner Passierscheinregelung mit den DDR-Behörden ihren Abschluss.[44] Erstmals seit dem Mauerbau durften Westberliner Bürgerinnen und Bürger in den Weihnachtstagen und zum Jahreswechsel ihre Ostberliner Verwandtschaft besuchen.[45]

Der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende Jochen Steffen beobachtete indes ungeduldig die konzeptionellen deutschlandpolitischen Entwicklungen innerhalb der Bundes-SPD und auch die offizielle Deutschlandpolitik der Regierung Erhard. Etwa ein Jahr nach dem ersten Passierscheinabkommen formulierte er in dem Artikel „Sein und Schein der Ostpolitik"[46], der am 26. Januar 1965 im Lübecker Morgen abgedruckt wurde, hierzu seine Gedanken. Er forderte seine Partei zu einer neuen Deutschlandpolitik auf, die zumindest die Chance haben sollte, zur „Wiedervereinigung" zu führen. Der Bundesregierung warf er vor, ihre politischen Ziele nicht klar zu verkünden, was dazu führe, dass die östlichen Staaten argwöhnten, „daß wir Schreckliches vorhaben". Und er stellte abschließend fest: „Sicher ist nur eines. Wir werden im Westen, im Osten und unter den Deutschen erst dann Vertrauen zu unserer Politik finden, wenn wir deutlich sagen, was unsere Ziele sind und wie wir uns ihnen p r a k t i s c h nähern wollen." Noch im selben Jahr

38 Vgl. Fichter, Die SPD und die Nation (wie Anm. 16), S. 154.
39 Ebd.
40 Vgl. Michael Dauderstädt, Von der Ostpolitik zur Osterweiterung: Deutschlands Außenpolitik und die postkommunistischen Beitrittsländer, Bonn 2002, S. 7.
41 Vgl. Daniela Taschler, Vor neuen Herausforderungen: Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966-1969), Düsseldorf 2001, S. 30.
42 Vgl. Bender, Die „Neue Ostpolitik" und ihre Folgen (wie Anm. 14), S. 107.
43 Ebd.
44 Vgl. Frank Fischer, „Im deutschen Interesse". Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001, S. 42.
45 Vgl. Schirmer, Die Deutschlandpolitik der SPD (wie Anm. 8), S. 147.
46 Leitartikel von Joachim Steffen, Sein und Schein der Ostpolitik, in: Lübecker Morgen, 26.1.1965, AdsD, Steffen-Nachlass, 1/JSAA000022. Der Lübecker Morgen war eine sozialdemokratische Tageszeitung, die in den 1960er Jahren in Schleswig-Holstein erschien. Von März 1963 bis zur Einstellung der Zeitung im Frühjahr 1969 schrieb Steffen regelmäßig für diese Zeitung. Der Lübecker Morgen wurde anschließend durch die wöchentlich erscheinende Nordwoche ersetzt.

sollte sein Landesverband in einem ersten Entschließungsentwurf für den Eutiner Landesparteitag drei praktische Ziele der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik formulieren.

Einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen leistete die am 1. Oktober 1965 veröffentlichte Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Titel „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn". Die Evangelische Kirche rief in ihrer Abhandlung unmissverständlich zu einer Aussöhnung mit den ehemals von der deutschen Besatzungspolitik betroffenen osteuropäischen Ländern auf und plädierte für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Mit diesen Forderungen nahm die Kirche eine Vorreiterrolle ein.[47] Die Ostdenkschrift der EKD ging eindeutig von der Opferrolle der Vertriebenen aus, indem sie ausführlich von den materiellen Entbehrungen, der sozialen Benachteiligung und von den Schwierigkeiten der Integration in die westdeutsche Gesellschaft berichtete. Das selbsterklärte Ziel der Evangelischen Kirche sei es jedoch nicht gewesen, der Regierung den Handlungsweg vorzuzeichnen, sondern der deutschen Bevölkerung die Ziele deutlich bewusst zu machen und die Widerstände gegen diese Ziele auszuräumen.[48] In der Eutiner Entschließung der schleswig-holsteinischen SPD wurde der Vorstoß der Kirche einige Monate später lobend erwähnt. Dort hieß es: „Dafür gebührt ihnen der Dank aller Deutschen, die wissen, daß wir über wachsendes menschliches Verständnis einen Weg finden müssen, der unseren östlichen Nachbarn die Angst vor einer deutschen Einigung nimmt. Den Kirchen gebührt der Dank jener, die wissen, daß wir unsere Lage erneut überdenken müssen. Sie haben durch ihren Anstoß den Zwang zu diesem neuen Durchdenken heilsam verstärkt."[49]

Außerordentlicher Landesparteitag in Eutin. Zwei Jahre nach der richtungweisenden Rede von Egon Bahr und im Erscheinungsmonat der Denkschrift der EKD gab der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorstand in einem Schreiben an die Kreisvorsitzenden, die Ortsvereinsvorsitzenden und die Unterbezirksgeschäftsführer bekannt, dass der Landesvorstand einstimmig beschlossen habe, einen außerordentlichen Landesparteitag durchzuführen.[50] In Vorbereitung auf diesen außerordentlichen Parteitag, der am 8. Januar 1966 in Eutin stattfinden sollte, wurden zwei Gremien gebildet, deren Aufgabe es war, Entschließungen für den kommunalen Bereich und für die Landes-, Bundes- und Parteipolitik zu erarbeiten.

Am Nachmittag des 2. Dezember 1965 fand im Konferenzraum auf dem Kuhberg in Kiel eine erste Sitzung der vom Landesvorstand eingesetzten Kommission für die Erarbeitung von politischen Entschließungen (Landes-, Bundes- und Parteipolitik) statt. Die Kommission arbeitete unter der Leitung ihres Landesvorsitzenden Jochen Steffen. Weitere Teilnehmerin und Teilnehmer waren Frieda Bendfeldt, Jörg Balack, Jürgen Busack, Erwin Lingk, Helmut Loose und Fritz Sänger.

47 Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 43.

48 URL: http://www.ekd.de/EKD-Texte/lage_der_vertriebenen_6.html [30. März 2009].

49 Aus der Entschließung des außerordentlichen Landesparteitags der schleswig-holsteinischen SPD in Eutin am 8. und 22. Januar 1966, abgedruckt in: Brandt/Ammon, Die Linke und die nationale Frage (wie Anm. 1), S. 255-258, hier S. 256.

50 Schreiben des Landesvorstandes an die Mitglieder des Landesvorstandes und der Kontrollkommission, die Kreisvorsitzenden, die Ortsvereinsvorsitzenden und die Unterbezirksgeschäftsführer vom 28. Oktober 1965, AdsD, SPD-LV SH 440.

Knapp zwei Wochen nach diesem Treffen, am 13. Dezember, schickte Steffen der Genossin und den Genossen zwei erste Entschließungsentwürfe zu, welche die Deutschland- und die Gesellschaftspolitik thematisierten. Vor allem die Entschließung Nr. 1 sollte später Aufsehen erregen. Der untersuchte Quellenbestand gibt allerdings keine Auskunft über die Verfasserin oder den Verfasser der Entschließung. Wahrscheinlich ist jedoch, dass die Texte aus Steffens Feder stammen, da sie zum einen seine „Handschrift" tragen, das heißt typisch steffensche Formulierungen beinhalten und zum anderen ist er derjenige, der die Entwürfe ohne Angabe der Herkunft an die Mitglieder des Landesvorstandes versendete.

Der Aufsehen erregende Parteitag fand schließlich am 8. Januar 1966 statt. In den vom Landesverband Schleswig-Holstein herausgegebenen Jahresberichten 1965/66 sollte es später sogar in einer Bildunterschrift heißen: „Eutin – hier fand der Außerordentliche Landesparteitag mit dem weltweiten Echo statt."[51]

André Schirmer schildert in seiner Arbeit zur Deutschlandpolitik der SPD die Diskussion, die die Entschließung Nr. 1 auf dem Landesparteitag unter den Delegierten auslöste. Die schleswig-holsteinischen Bundestagsabgeordneten Annemarie Renger und Reinhold Rehs hätten darauf verwiesen, dass immer noch die von Herbert Wehner am 30. Juni 1960 dargelegten Grundsätze zur sozialdemokratischen Politik Geltung besäßen. Die Mehrheit der Delegierten habe sich zwar mit Steffen solidarisiert, habe jedoch seinem Vorschlag, den Alleinvertretungsanspruch[52] zu flexibilisieren, nicht zustimmen können. Die Redaktionskommission habe schließlich der Forderung nach Verstärkung humanitärer Kontakte den Satz nachgestellt: „Zu diesem Zweck müssen unbeschadet des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik Vereinbarungen mit den Machthabern im östlichen Teil unseres gespaltenen Vaterlandes getroffen werden."[53]

Am 22. Januar 1966, dem zweiten Beratungstag des außerordentlichen Landesparteitages, waren 172 stimmberechtigte Delegierte in Eutin anwesend, von denen nur 19 Genossen, hauptsächlich Angehörige des SPD-Kreisvereins Lübeck, gegen die Entschließung stimmten, „weil diese Entschliessung nicht weiter ging"[54], so die Erklärung des Landesvorstandsmitglieds Gerhard Strack.

Zur Rezeption des Eutiner Parteitages. Die Entschließungen zur Deutschland- und zur Gesellschaftspolitik des schleswig-holsteinischen SPD-Landesverbandes erregten Ende Januar 1966 in der gesamten Bundesrepublik Aufsehen.

Vor allem Eutin I stieß parteiintern und in der Öffentlichkeit auf großes Interesse. Ortsvereine aus allen Teilen der Republik baten in den nächsten Wochen um eine Zusendung der Eutiner Beschlüsse, oft zur Vorbereitung eigener politischer Anträge für ihre jeweiligen Landesparteitage.[55] So teilte unter anderem Hans Herter vom SPD-Ortsverein Schussenried, der bereits im Januar 1966 „um die Überlassung eines Abzuges der Entschließung"[56] gebeten hatte, am

51 Jahresberichte 1965/66, in: Landesverband Schleswig-Holstein (Hrsg.), SPD Landesparteitag 1967 in Kiel am 1. und 2. Juli, S. 28.

52 Der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik beruhte auf der Auffassung, die Bundesrepublik habe als alleinige Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reiches das Recht, deutsche Interessen zu vertreten. Dieser Alleinvertretungsanspruch, auf dem die Mehrheit der Eutiner Delegierten bestanden hatte, war im September 1955 in der so genannten „Hallstein-Doktrin" schriftlich fixiert worden. Diese Doktrin, die ihren Namen dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Walter Hallstein verdankt, sollte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und somit die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch andere Staaten verhindern und den Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik durchsetzen.

53 Endfassung der Eutiner Entschließung Nr. 1, vollständig abgedruckt in: Brandt/Ammon, Die Linke und die nationale Frage (wie Anm. 1), S. 255-258.

54 Gerhard Strack am 31.1.1966 an Hans Herter vom SPD-Ortsverein Schussenried, AdsD, SPD-LV SH 460.

55 Anfragen von verschiedenen Ortsvereinen nach der Entschließung Nr. 1, AdsD, SPD-LV SH 460.

56 Schreiben von Hans Herter (SPD-Ortsverein Schussenried) vom 28.1.1966 an den SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, AdsD, SPD-LV SH 460.

Am Rande des SPD-Landesparteitags am 7./8. Juni 1975 in Travemünde unterhält sich Joachim Steffen mit seinem Nachfolger im Amt des Oppositionsführers im schleswig-holsteinischen Landtag, Klaus Matthiesen. Das persönliche Verhältnis zwischen beiden ist belasteter als diese Fotografie auf den ersten Eindruck vermittelt. Genau betrachtet erkennt man, dass Steffen visionär in die Ferne blickt, dem Blick des Gesprächspartners weicht er aus.
Foto: Arne Börnsen

18. April seinen Genossinnen und Genossen aus Schleswig-Holstein mit: „Der Ortsverein Schussenried hat zum Landesparteitag des Landesverbandes Baden-Württemberg den Antrag gestellt, den Bundesvorstand aufzufordern, der Entschließung Nr. 1 des Landesvorstandes Schleswig-Holstein zu folgen."[57] Und weiter ließ er die Schleswig-Holsteiner wissen: „Wir sind damit natürlich keineswegs willkommen und wie weit der Antrag durchschlagen wird, ist ungewiss. Auf Beschluß der Antragskommission wird Eure Entschließung jedem Delegierten zur Verfügung gestellt, das ist bereits ein Erfolg. Von der Entschließung war nämlich seinerzeit auch in unserer offiziellen Parteizeitung nichts vermerkt."

Auch in der Presse außerhalb der Landesgrenze stießen die Ergebnisse des schleswig-holsteinischen Parteitages auf Resonanz. So formulierte beispielsweise der Kölner Stadt-Anzeiger am 19. Januar 1966: „Ein Umdenken in der Ost- und der gesamtdeutschen Politik stand am 8. Januar im Mittelpunkt eines Sonderparteitages der SPD in Eutin. Steffen forderte, als er die Entschließung begründete, ‚an einen Neubeginn unserer nationalen Politik' zu denken. Deren bescheidenes Nahziel müsse sein, ‚die menschlichen, politischen und wirtschaftlichen Kontakte zu Ulbrichts Staatsgebilde und Osteuropa zu erweitern und zu vertiefen'"[58]. Die Zeitung aus dem Rheinland hob Eutin I und Steffen in ihrem Artikel zum schleswig-holsteinischen Landesparteitag explizit hervor. Der Landesvorsitzende wurde in direkten Bezug zur Entschließung gesetzt, die nach Ansicht der Kölner Tageszeitung so klare Aussagen zur Deutschlandpolitik treffe wie nie zuvor in der SPD. In der Märzausgabe der linken Monatszeitschrift konkret hieß es in einem Beitrag: „Durch Redeverbot wollte die Bonner SPD-Führung vor mehr als zehn Jahren ihren heftigsten Kritiker, einen Kieler Jungsozialisten, zum Schweigen bringen. Heute ist der aufmüpfige Parteigenosse auf dem besten Wege, die Deutschland-Politik der Sozis umzukrempeln. Sein bis vor kurzem nur Kielern bekannter Name: Joachim Steffen (44)."[59] Dessen „ketzerischer Vorschlag (der gegen Bonns geheiligten Glaubenssatz, die DDR gäbe es eigentlich gar nicht, verstößt) wurde jüngst als ‚Entschließung Nr. 1 Betr.: Politik' durchgesetzt. Diese Entschließung der norddeutschen Sozialdemokraten muß – zum Entsetzen des SPD-Establishments in der Bonner Erich-Ollenhauer-Straße – auf dem kommenden SPD-Bundesparteitag in Dortmund behandelt werden. Schlimmer noch: schon zeichnet sich in anderen Bundesländern Zustimmung ab."[60] Das linke Monatsblatt hob in diesem Beitrag den Vorstoß des nördlichen SPD-Landesverbandes hervor und maß Steffen die tragende Rolle bei. Genau wie der Spiegel, der im Zusammenhang mit dem Eutiner Landesparteitag sogar von „Steffens Kommunisten-Manifest"[61] sprach. Das wöchentlich erscheinende Nachrichtenmagazin aus Hamburg sah in der Resolution, die eindeutig dem Landesvorsitzenden zugeordnet wurde, „eine Art Deutschlandplan schleswig-holsteinischer Sozialdemokraten"[62], der die westdeutschen Politiker zu einem „ungenierten Umgang mit den Kollegen aus der DDR"[63] auffordern würde. Die konservative

57 Schreiben von Hans Herter (SPD-Ortsverein Schussenried) vom 18.4.1966 an den SPD-Landesverband Schleswig Holstein, AdsD, SPD-LV SH 460.
58 SPD an der Ostsee drängt nach Osten, in: Kölner Stadt-Anzeiger, 19.1.1966.
59 Volksfront aus Eutin?, in: konkret, März 1966.
60 Ebd.
61 Vierter Streich, in: Der Spiegel, Nr. 6, 31. Januar 1966, S. 26.
62 Ebd., S. 27.
63 Ebd., S. 26.

Zeitung Die Welt hielt die Entschließung für einen praktischen Aufruf „zu offiziellen Gesprächen mit den kommunistischen Machthabern in der Sowjetunion"[64].

In Schleswig-Holstein fiel die Berichterstattung zum Landesparteitag unterschiedlich aus. In der sozialdemokratischen Kieler Volkszeitung wurde Eutin in einem Kommentar von Wolfgang Fechner „als Markstein (…) der Nachkriegsgeschichte dieser Partei"[65] gefeiert. Und weiter war zu lesen: „Was sich am Sonnabend dort vollzog, wird darüber hinaus ein Echo in der gesamten deutschen Sozialdemokratie haben. Der Eutiner Parteitag knüpft mit seiner offenen und ehrlichen Diskussion über Grundfragen der Politik an die Tradition großer Parteitage der deutschen Sozialdemokratie im Kaiserreich und in der Weimarer Republik an."[66] Im Vergleich zu der Kieler VZ berichteten die konservativen Schleswiger Nachrichten sehr nüchtern über den außerordentlichen Landesparteitag. Dort war in einem Artikel lediglich von einer „lebhaften Diskussion"[67] unter den Delegierten bezüglich der Deutschland-Resolution die Rede. Und weiter wurde berichtet, dass die Mehrheit der Diskutierenden sich hinter die Entschließung gestellt habe, die „dem nächsten SPD-Bundesparteitag vorgelegt werden (soll)"[68]. Auffällig ist, dass Steffen in dieser schleswig-holsteinischen Tageszeitung keinerlei besondere Bedeutung beigemessen wurde.

Im östlichen Teil des gespaltenen Landes wurde Eutin I ebenfalls zur Kenntnis genommen. Das SED-Zentralorgan Neues Deutschland berichtete zweimal, jeweils nach den beiden Beratungstagen, über den Landesparteitag. Am 11. Januar 1966 war dort zu lesen: „Der neue Kieler SPD-Landesvorstand, an der Spitze die Abgeordneten Steffen, Gerhard Strack und Kurt Schulz, legte dem Parteitag eine Entschließung vor, in der eine Verstärkung des Kontaktes zwischen den Menschen der Bundesrepublik und der DDR gefordert wird."[69] Die Tageszeitung wertete den Antrag als Ausdruck einer „Unzufriedenheit der SPD-Mitglieder gegenüber der Politik Wehners, Erlers und Helmut Schmidts". Verantwortlich für den Text der Entschließung wurden der Landesvorsitzende und zwei Mitglieder des Landesvorstandes gemacht. Knapp zwei Wochen später, am 25. Januar 1966, war in der SED-Zeitung von „bedeutsamen Entschließungen für die Politik der SPD"[70] die Rede, die in Eutin verabschiedet worden seien und dem Anfang Juni in Dortmund stattfindenden SPD-Bundesparteitag übermittelt werden sollten.

SPD-Bundesparteitag in Dortmund. In Vorbereitung auf den Dortmunder Parteitag schickte der schleswig-holsteinische Landesverband die Entschließungen Nr. 1 zur Politik und Nr. 2 zur Gesellschaft vom Eutiner Parteitag als Anträge für den Bundesparteitag am 26. April 1966 per Eilbrief an Wolfgang Koch vom Parteivorstand. Hermann Nippgen bestätigte dem Landesverband bereits einen Tag später den fristgerechten Eingang der Anträge und gab bekannt, dass die Veröffentlichung „statutengemäß in der Ausgabe des Vorwärts am 11. Mai 1966"[71] erfolgen sollte.

64 Deutschlandpolitik. „Wir sprechen schon mit Ulbricht". Der Kieler SPD-Vorsitzende erläutert seine Entspannungsvorschläge, in: Die Welt, 5. April 1966.

65 Ehrliche, offene Diskussion, in: Kieler Morgenzeitung, 11.1.1966, AdsD, Steffen Nachlass, J/SAA00028. Die Kieler VZ war eine sozialdemokratische Tageszeitung mit langer Tradition, die im Nachkriegsdeutschland seit Frühjahr 1946 wieder erschien. Zum Jahresende 1968 musste die Produktion der traditionsreichen Tageszeitung eingestellt werden. Nachfolgerin wurde im Frühjahr 1969 die wöchentlich erscheinende sozialdemokratische Nordwoche.

66 Ebd.

67 „Zur Verstärkung der Kontakte auch Verhandlungen mit der Zone". Entschließungsentwurf auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag, in: Schleswiger Nachrichten, 10.1.1966.

68 Ebd.

69 SPD Mitglieder fordern neue nationale Politik. Heftige Auseinandersetzungen mit der Linie Wehners, Erlers und Schmidts auf dem schleswig-holsteinischen SPD-Landesparteitag, in: Neues Deutschland, 11.1.1966.

70 Auf der Suche nach Alternative zur CDU. SPD-Landesparteitag von Schleswig-Holstein verabschiedete bemerkenswerte Entschließungen, in: Neues Deutschland, 25.1.1966.

71 Hermann Nippgen am 27.4.1966 an den schleswig-holsteinischen SPD-Landesverband, AdsD, SPD LV SH 964-965.

Gut zwei Monate später, auf dem Bundesparteitag in Dortmund, erregten die Schleswig-Holsteiner – zumindest im Zusammenhang mit der Deutschlandpolitik – kein besonderes Aufsehen. In der sogenannten Arbeitsgemeinschaft B, die sich mit allen Anträgen zu diesem Themenkomplex auseinander setzte, arbeitete Steffen gar nicht mit. Er hatte sich zur Mitarbeit in der Arbeitsgemeinschaft A zur Gesellschaftspolitik entschieden. Lediglich der Lübecker Paul Bromme ergriff für seinen Landesverband das Wort. Der Schleswig-Holsteiner forderte die Redaktionskommission der Arbeitsgemeinschaft B auf, auf eine Regelung der Beziehungen mit den osteuropäischen Ländern zu drängen.

Von einem engagierten Auftreten des schleswig-holsteinischen Landesverbandes auf Bundesebene kann keine Rede sein. Die Eutiner Entschließung Nr. 1, in Dortmund Antrag B 11, spielte in der Diskussion keinerlei Rolle und wurde zusammen mit dem Antrag B 64 des Parteivorstandes von der Redaktionskommission, der unter anderem Carlo Schmid, Helmut Schmidt und Hans-Jürgen Wischnewski angehörten, zu einer neuen „Entschließung zur Deutschlandpolitik unter den sich ändernden weltpolitischen Bedingungen" (B 67) umformuliert. Der Vorstoß des Verbandes aus dem nördlichsten Bundesland war somit – „empfohlen durch die Redaktionskommission" – durch die Neufassung des Antrags B 64 gedeckt. Auffällig ist, dass die Schleswig-Holsteiner in Dortmund nicht auf ihrem Antrag beharrten und sich scheinbar damit zufrieden gaben, dass die Forderungen und Ziele der Eutiner Entschließung von der Redaktionskommission in den neuen Antrag des Parteivorstandes eingearbeitet wurden.

Die folgende tabellarische Gegenüberstellung der inhaltlichen Übereinstimmungen der beiden Anträge macht zum einen deutlich, welche der einzelnen Eutiner Gedanken und Forderungen in die viereinhalb Seiten umfassende Dortmunder Entschließung zur Deutschlandpolitik gleichsam eingeebnet wurden und zum zweiten zeigt sie ganz offensichtlich, wie sich die beiden Anträge in ihrer Rhetorik unterscheiden. Durch den zusätzlichen Vergleich mit Bahrs Tutzinger Rede wird die programmatische Entwicklung der sozialdemokratischen Gedanken zur Deutschlandpolitik von 1963 bis 1966 aufgezeigt. Deutlich zu erkennen ist, dass die Vorschläge von Eutin sich zum Teil mit Bahrs Gedanken decken.

Allen drei Quellen gemeinsam ist die Intention. Sowohl Bahr, als auch der schleswig-holsteinische Landesverband und die Redaktionskommission auf dem SPD-Bundesparteitag in Dortmund formulierten in den Texten ihre Überzeugung, dass es notwenig sei, eine Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Vereinigung zu verfolgen. In allen drei Schriften findet sich die Feststellung wieder, dass die Politik der CDU, die sogenannte „Politik der Stärke" gescheitert sei. Die Schleswig-Holsteiner befürchteten im Januar 1966, die deutsche Frage könne international in Vergessenheit geraten. Diese Besorgnis taucht auch in dem redaktionell überarbeiteten Dortmunder Antrag auf und wurde höchstwahrscheinlich von der Eutiner Entschließung

	Bahrs Tutzinger Rede Juli 1963	Eutiner Entschließung Januar 1966	Dortmunder Entschließung Juni 1966
Intention	„(…) Überzeugung, daß es an der Zeit ist und daß es unsere Pflicht ist, die Wiedervereinigungspolitik neu zu durchdenken"	„Heute muß durch die Diskussion konkreter Vorschläge der Raum für neue politische Entscheidungen geschaffen werden."	„Grundgesetz und Gewissen verpflichten uns, unermüdlich an der Überwindung der Spaltung Deutschlands zu arbeiten. Dies fordert uns Taten ab. Bloße Hinweise auf unser Recht führen nicht weiter."
Bestandsaufnahme und allgemeine Feststellungen	• „Jede Politik zum direkten Sturz des Regimes drüben (ist) aussichtslos" • „Die Voraussetzungen zur Wiedervereinigung sind nur mit der Sowjet-Union zu schaffen"	• „Die Haltung der Bundesregierung, die sich ängstlich auf längst verlassene Stellungen des Kalten Krieges zurückzieht, birgt in sich die Gefahr einer außenpolitischen Isolierung." • „Das ungelöste Problem der Deutschen droht angesichts dieser universalen Tendenzen in Vergessenheit und schließlich in Hoffnungs- und Ausweglosigkeit zu versinken."	• „Die Politik des Wartens auf politische Ergebnisse militärischer Stärke ist erfolglos geblieben." • „(…) müssen wir uns jedoch vor der Illusion hüten und vielmehr erkennen, daß die Deutschlandfrage heute im Ausland weithin nicht als ein vordringliches internationales Problem betrachtet wird." • „Für die Wiedervereinigung ist die Mitwirkung der vier Mächte und das Verständnis anderer europäischer Länder notwendig."
Maxime	• „Die selbstverständliche und von niemandem in Frage gestellte Weigerung, die Zone als einen selbständigen Staat anzuerkennen, darf uns nicht lähmen."	• „Zu diesem Zweck müssen unbeschadet des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik Vereinbarungen mit den Machthabern im östlichen Teil des gespaltenen Vaterlandes getroffen werden."	• „Eine differenzierte Anwendung der sogenannten Hallstein-Doktrin steht den fundamentalen Grundsätzen der Deutschlandpolitik keineswegs entgegen"
Forderungen	• „Uns hat es zunächst um die Menschen zu gehen und um die Ausschöpfung jedes denkbar und verantwortbaren Versuchs, die Situation zu erleichtern. Eine materielle Verbesserung müßte eine entspannende Wirkung in der Zone haben."	• Der Kontakt zwischen den Menschen aus beiden Teilen unseres gespaltenen Landes muß verstärkt werden."	• „Es dient dem Zusammenhalt unseres Volkes und der Bewahrung unserer nationalen Substanz, wenn wir uns (…) auf die folgenden konkreten Punkte konzentrieren: a) Nachbarschaftsverkehr an der Zonengrenze (…); b) in Berlin selbst weitere Schritte in Richtung auf freien Personenverkehr; c) Möglichkeiten des ungehinderten Schrift-

	• „Den Prozeß zur Hebung des Lebensstandards zu beschleunigen, weil sich dadurch Erleichterungen mannigfaltiger Art für die Menschen und durch verstärkte Wirtschaftsbeziehungen verstärkte Bindungen ergeben können, würde demnach in unserem Interesse liegen."	• „(…) durch eine Verstärkung des Interzonenhandels (muss) eine wesentliche gesamtdeutsche Klammer gefestigt werden."	verkehrs (…); d) Verstärkungen des innerdeutschen Handels; e) Abbau unnötiger Fesseln für den Austausch auf den Gebieten von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur."
		• „(…) die Bundesrepublik (soll) positiv zu dem angestrebten Vertrag über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen Stellung nehmen. Die Bundesrepublik soll nicht den physischen Besitz oder Mitbesitz von Atomwaffen anstreben. Die Bundesrepublik muss dagegen ein Vetorecht beim Einsatz atomarer Waffen ihrer Alliierten sowohl vom westdeutschen Territorium aus als auch auf Ziele im gesamtdeutschen Territorium verlangen."	• „Nicht nur zur Verminderung der weltpolitischen Spannungen und der aus ihnen resultierenden Gefahren, sondern auch zur Normalisierung unserer Beziehungen zu Osteuropa ist eine weitere Entwicklung der internationalen Rüstungsbegrenzung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung notwendig. Auch und gerade im Rahmen der Deutschlandpolitik ist eine ständige Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland, durch eigene Beiträge bei der Lösung dieser Frage mitzuwirken."

übernommen. Auffällig ist, dass in den drei untersuchten Quellen der Alleinvertretungsanspruch der Bunderepublik bestätigt wird. ‚Dortmund' schließt jedoch eine „differenzierte Anwendung der Hallstein-Doktrin" nicht aus. Wir erinnern uns, dass es Steffen war, der auf dem Eutiner Parteitag für eine flexible Handhabung des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik eintrat. Dieser Vorschlag ging den schleswig-holsteinischen Delegierten im Januar 1966 jedoch zu weit. Einige Monate später in Dortmund schien es derartige Befürchtungen nicht mehr zu geben.

Das erste Ziel der Eutiner Entschließung, die Kontakte zwischen den Menschen zu stärken, wurde in Dortmund weiter spezifiziert. In dem neu entstandenen Antrag der Redaktionskommission war von Nachbarschafts- und freiem Personenverkehr in Berlin und vom ungehinderten Schriftverkehr die Rede.[72] Neu waren die vom Schleswig-holsteinischen Landesverband formulierten Gedanken zur Notwendigkeit der internationalen Rüstungsbegrenzung, der Rüstungskontrolle und der Abrüstung, die in die Dortmunder Entschließung eingearbeitet wurden. Der Antrag der Nord-SPD war insofern er-

72 Vgl. Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Protokoll der Verhandlungen. Anträge, S. 1055.

folgreich, als sich ihre Kernforderungen in der redaktionell überarbeiteten Entschließung fast ausnahmslos wiederfanden. Die Stärke und der öffentlichkeitswirksame Effekt, der zweifelsohne von der Eutiner Entschließung ausging, sind nicht zuletzt in ihrem drastischen Sprachstil begründet. Die Schleswig-Holsteiner formulierten in einer klaren und unvermittelten Sprache drei praktische Ziele sozialdemokratischer Außenpolitik, die inhaltlich das von Bahr in Tutzing vorgestellte deutschlandpolitische Konzept unterstützten. Die in Dortmund entstandene Entschließung, die über das Thema „Wiedervereinigung" hinaus auch Gedanken zum Verhältnis zu Osteuropa, zur Sicherheit und Abrüstung, zur europäischen Zusammenarbeit und zur Partnerschaft mit Afrika, Asien und Lateinamerika umfasste, formulierte diplomatischer, sie übernahm zwar inhaltlich die Forderungen der Schleswig-Holsteiner, entschärfte jedoch den in Eutin I angeschlagenen Ton.

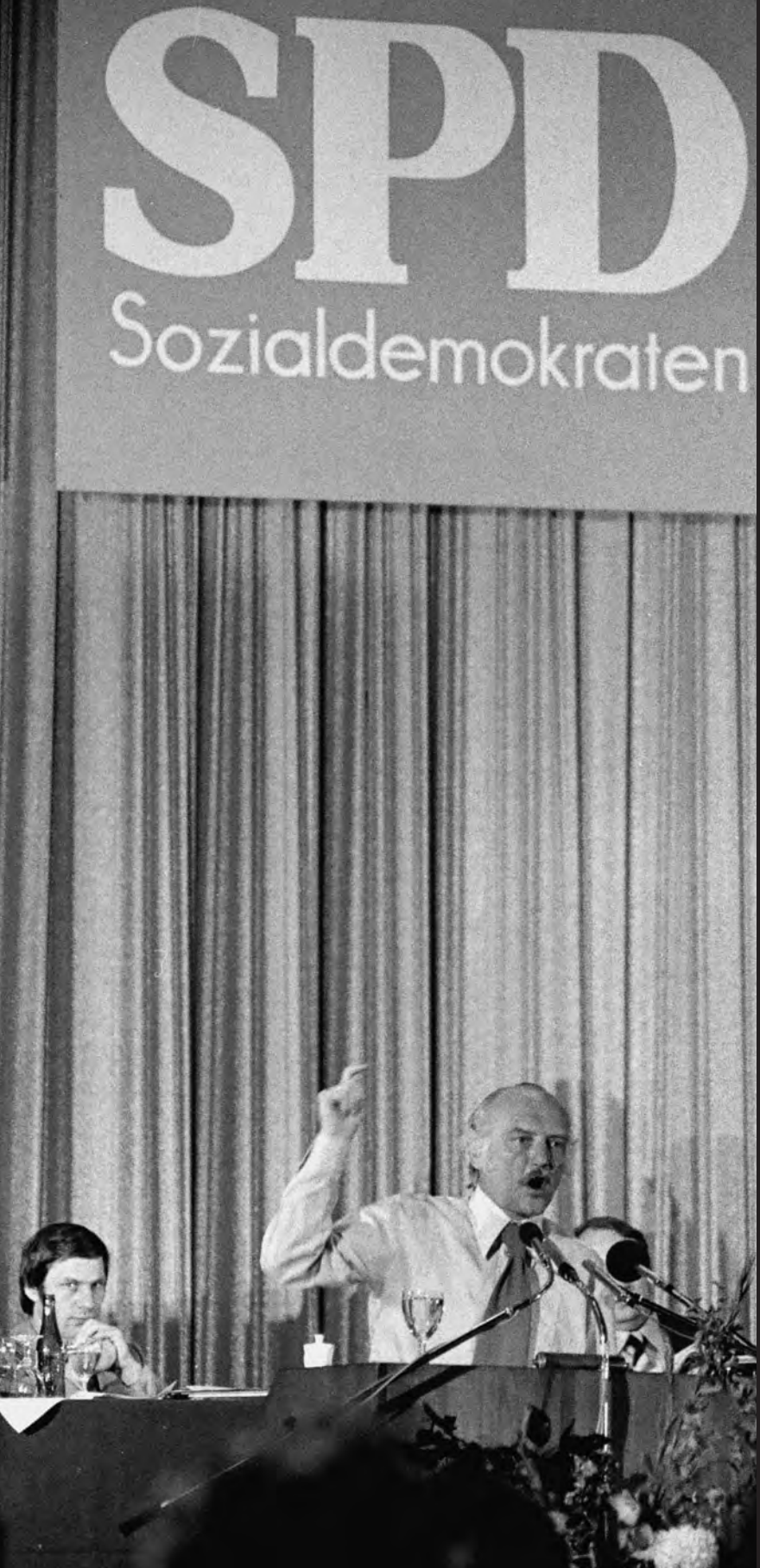
Nach dem Bundesparteitag verfolgte der schleswig-holsteinische SPD-Landesverband unter Jochen Steffen die Deutschlandpolitik konzeptionell nicht weiter. Es blieb bei dem einmaligen Vorstoß aus Eutin.

Die scheinbare Zurückhaltung des Landesverbandes in Dortmund wurde in Schleswig-Holstein registriert. Die tägliche Glosse in den Schleswiger Nachrichten brachte es zwei Tage nach dem SPD-Bundesparteitag auf den Punkt: „Nichts gehört hat man aus Dortmund übrigens von unserer schleswig-holsteinischen SPD, die noch in den letzten Monaten überall, selbst im Neuen Deutschland als links-progressiver Vortrupp apostrophiert worden war. (…) Von der Eutiner Entschließung unseres SPD-Landesvorsitzenden Steffen – die doch ausdrücklich als Diskussions-Sprengsatz für Dortmund deklariert war – scheint überhaupt nicht die Rede gewesen zu sein."[73] Die beschriebene Zurückhaltung und das Nichtbeharren des Landesverbandes auf dem eigenen Antrag könnten damit erklärt werden, dass die Schleswig-Holsteiner mit dem überarbeiteten Antrag einverstanden waren. Vermutlich sahen sie ihre in Eutin benannten Ziele in der neu entstandenen Dortmunder Entschließung zufriedenstellend umgesetzt.

Resümee: Eutin I und die neue sozialdemokratische Deutschlandpolitik. Wie sind nun all diese unterschiedlichen Quellen einzuordnen? Liegt Steffen wirklich vollkommen falsch damit, wenn er behauptet, sein Landesverband habe die Diskussion um eine neue Deutschlandpolitik innerhalb der SPD „ins Rutschen gebracht"?

Ein Blick auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Deutschlandpolitik hat gezeigt, dass die SPD Ende der 1950er Jahre unter ihrem Vorsitzenden Erich Ollenhauer ihre nationalen Interessen stark betonte. Die Sozialdemokraten lehnten damals die Westintegration kategorisch ab und erklärten die „Wiedervereinigung" zum vorrangigen Ziel ihrer Deutschlandpolitik. Niederschlag fand diese Politik 1959 in dem Deutschlandplan der SPD. Zu einer

73 Dortmund, in: Schleswiger Nachrichten, 7.6.1966.



Joachim Steffen am Rednerpult auf dem SPD-Landesparteitag am 7./8. Juni 1975 in Travemünde: mit Zeigefinger und aktiver Armarbeit ‚verklickert' Steffen seinem Publikum etwas. Links im Präsidium erkennbar der damalige Bildungspolitiker Behrend Harms.
Foto: Arne Börnsen

Joachim Steffens Abschiedsrede als SPD-Landesvorsitzender auf dem SPD-Landesparteitag am 7./8. Juni 1975 in Travemünde. Die erhobene Faust unterstreicht das Gesagte, im Hintergrund hört die Landesparteispitze gebannt zu. Links hinter ihm Heinz Lund (MdL, Lübeck) und Landesgeschäftsführer Rolf Selzer; rechts lauschen Klaus Matthiesen, seit 1973 Nachfolger im Amt des Oppositionsführers, Günther Jansen, der anschließend zum Nachfolger als Landesvorsitzender gewählt wird, Egon Bahr, der den Flensburger Bundestagswahlkreis inne hatte, sowie Brunhilde Wendel, legendäre Bürgermeisterin von Schacht Audorf (von links). Foto: Arne Börnsen

deutschlandpolitischen Umorientierung kam es kurze Zeit später, als Herbert Wehner im Juni 1960 verkündete, dass sich seine Partei fortan zu den Westverträgen der Bundesrepublik und zu einer gemeinsamen deutschen Außenpolitik bekennen würde. Dies geschah in einer Zeit, die von schwerwiegenden Veränderungen im internationalen Mächtesystem geprägt war, die 1961 mit dem Bau der Berliner Mauer und 1962 mit der Kuba-Krise ihren Höhepunkt erreichten.[74] Im Zuge dieser „Doppelkrise"[75] setzte ein allgemeiner Trend zur Entspannung ein, der neben den „machtpolitischen Rahmenbedingungen"[76] Anfang der 1960er Jahre die Diskussion über eine neue außenpolitische Orientierung auch innerhalb der SPD beeinflusste.[77] Auch die Politik der amerikanischen Regierung wird Einfluss auf die programmatische Entwicklung der zukünftigen sozialdemokratischen Deutschlandpolitik genommen haben. Nach dem Amtsantritt von US-Präsident John F. Kennedy im Januar 1961 vollzog sich in der deutschlandpolitischen Ausrichtung der Vereinigten Staaten von Amerika ein Wandel.[78] Dieser neue politische Ansatz, mit dem die Amerikaner primär auf Entspannung setzten, gab das Ziel der „Wiedervereinigung" zugunsten der Sicherung Westberlins auf.[79] Die US-Administration wollte die Entspannung mit dem Osten nicht gefährden und machte der Regierung der Bundesrepublik deutlich, dass Kontakte zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands erwünscht seien.[80]

In diesen Kontext ist Egon Bahrs Tutzinger Rede einzuordnen, die im Sommer 1963 den entscheidenden Impuls für die konzeptionelle Erarbeitung einer erneuerten sozialdemokratischen Deutschlandpolitik lieferte und dafür sorgte, dass die Forderungen der Westberliner Sozialdemokraten um Willy Brandt erstmals in der breiteren Öffentlichkeit wahrgenommen wurden.[81]

Steffen und sein Landesverband leisteten zweieinhalb Jahre nach Bahrs programmatischer Rede einen Beitrag zur Durchsetzung dieses neu eingeschlagenen Weges der SPD in der Ost- und Deutschlandpolitik, indem die Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein als erster Landesverband Bahrs Forderungen aufgriffen und in Eutin in einer klaren Sprache Vorschläge zur Realisierung formulierten.

Mitte der sechziger Jahre sprachen die Schleswig-Holsteiner mit ihrer Entschließung, deren Autor höchstwahrscheinlich Jochen Steffen ist, ein Thema an, das zu dieser Zeit bei vielen Linken und Liberalen in der Luft lag.[82] Ihre Forderungen an eine neue Deutschlandpolitik stießen bundesweit in der parteinahen Öffentlichkeit auf Resonanz.

Wie lässt sich das auffallend reservierte Verhalten der Schleswig-Holsteiner in Dortmund interpretieren? Vermutlich hatten sich ihre zunächst revolutionär anmutenden Forderungen nach wenigen Monaten – zumindest unter den Genossinnen und Genossen – zu selbstverständlichen Feststellungen und Zielen der sozialdemokratischen Außenpolitik entwickelt, so dass dem Eutiner Antrag und damit auch Jochen Steffen im Juni 1966 auf dem Bundesparteitag keinerlei besondere Bedeutung mehr zugemessen wurde.

74 Vgl. Potthoff, Im Schatten der Mauer (wie Anm. 15), S. 3.
75 Wolfgang Schmidt, Die Wurzeln der Entspannung: Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003) 4, S. 521-563, hier S. 525.
76 Potthoff, Im Schatten der Mauer (wie Anm. 15), S.14.
77 Vgl. Taschler, Vor neuen Herausforderungen (wie Anm. 41), S. 27.
78 Vgl. Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte (wie Anm. 25), S. 540.
79 Vgl. Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt. 1945-1990, München 2004, S. 183.
80 Vgl. Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte (wie Anm. 25), S. 408.
81 Vgl. Heinrich Potthoff, Ostpolitik in Tutzing. Egon Bahr '63, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 48 (2001) 1/2, S. 43-47, hier S. 43.
82 Vgl. ebd., S. 49f.

Und noch ein anderes Ereignis mag dafür gesorgt haben, dass die Öffentlichkeit und die Parteimitglieder das Interesse an Eutin I schnell wieder verloren: Am 7. Februar 1966, nur zwei Wochen nach dem schleswig-holsteinischen Landesparteitag, wandte sich das Zentralkomitee der SED mit einem offenen Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitages.[83] Die Führung der SED bot den Sozialdemokraten darin „große gesamtdeutsche Beratungen"[84] an, um langfristig die deutsche Spaltung zu überwinden. Die SPD erklärte sich im April 1966 zu diesem innerdeutschen Dialog bereit und nominierte für den geplanten Redneraustausch Willy Brandt, Fritz Erler und Herbert Wehner. Zu einer offenen Auseinandersetzung kam es jedoch nicht, die SED sagte die Gespräche Ende Juni 1966 ab.[85]

Mit der Eutiner Entschließung hatte der schleswig-holsteinische Landesverband Anfang des Jahres 1966, vermutlich auch beeinflusst von der Denkschrift der Evangelischen Kirche, zwar schnell das Thema Deutschlandpolitik aufgegriffen, es aber anschließend konzeptionell nicht weiterverfolgt, so dass der Antrag bereits nach kurzer Zeit wieder aus dem Fokus des allgemeinen Interesses verschwand. Der Einfluss des Beitrags aus dem Norden muss deshalb insgesamt geringer eingestuft werden, als es Steffen, der in diesem Zusammenhang die Rolle des Initiators spielte, selbst behauptete. Die eingangs zitierten Aussagen von Steffen können somit als Fehleinschätzungen gewertet werden, die sich mit der Zeit zu einem Mythos innerhalb des schleswig-holsteinischen Landesverbandes entwickelten, der auch heute noch von Genossinnen und Genossen wachgehalten wird.[86]

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik wurde von den Sozialdemokraten fortlaufend weiterentwickelt und den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. In diesen Entwicklungsprozess kann die Eutiner Entschließung, mit der die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten gemäß den in Tutzing formulierten Vorstellungen einen Beitrag für die später von der SPD mehrheitlich getragene Ost- und Deutschlandpolitik lieferten, eingeordnet werden. Das wegweisende Konzept aber wurde Anfang der 1960er Jahre von Willy Brandt und Egon Bahr entwickelt, die ihre Entspannungspolitik von diesem Zeitpunkt an konsequent verfolgten.

83 Vgl. Sturm, Uneinig in die Einheit (wie Anm. 20), S. 43f.
84 Potthoff, Ostpolitik in Tutzing (wie Anm. 81), S. 48.
85 Vgl. ebd., S. 49.
86 Egon Bahr, der als Kandidat seit 1972 stets über die Landesliste Schleswig-Holstein in den Bundestag einzog, schrieb 1988 – vermutlich aus Gefälligkeit – in einem Aufsatz: „Es ist wohl keine Übertreibung, wenn unser Landesverband wie kaum ein anderer mitgeprägt hat, was man Ostpolitik der SPD nennt." Egon Bahr, Frieden und Entspannung – Tradition im besten Sinn, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 589-596. Die Entschließung Nr. 1 vom Januar 1966 bezeichnete Bahr als „Ausdruck des notwendigen Mutes, das Notwendige zu verlangen, auch wenn es nicht populär (oder noch nicht) ist". Er erinnerte sich, dass Eutin I im Jahre 1966 „sensationell und aufreizend wirkte". Bemerkenswert fand der SPD-Politiker die drei formulierten Ziele der Eutiner Resolution, die seiner Ansicht nach mutig in eine neue Richtung wiesen. Auffällig ist jedoch, dass sich zu diesem Thema in seinen Memoiren keinerlei Hinweise bezüglich einer Rolle von Steffens Landesverband finden lassen. – In seinem Vortrag „Ein Gemeinwesen der Freien und Gleichen. Impulse aus der SPD Schleswig-Holstein 1949-1969", den Jürgen Weber auf der Festveranstaltung anlässlich des vierzigjährigen Jubiläums von Brandts Regierungserklärung „Mehr Demokratie wagen" am 25. März 2009 im Kieler Landeshaus hielt, vertrat der SPD-Landtagsabgeordnete und stellvertretende Fraktionsvorsitzende die Ansicht, Eutin I sei in die Geschichte eingegangen. Weber bezeichnete die Resolution als Ausgangspunkt einer neuen Politik, die damals „dem neuen Denken" einen wichtigen Impuls gegeben habe.

Joachim Steffen während eines Redebeitrags auf dem SPD-Landesparteitag am 7./8. Juni 1975 in Travemünde. Die Körpersprache weist aus, dass er einen Gedanken entwickelt. Der Blick muss in diesem Fall ins Leere gehen, hat er doch die Lesebrille auf.
Foto: Arne Börnsen

Jochen Steffen – Zur Person: Der schleswig-holsteinische Politiker Joachim (Jochen) Steffen wurde am 19. September 1922 in Kiel geboren. Von 1946 bis 1979 war er Mitglied der SPD. 1954 wurde er zum Landesvorsitzenden der schleswig-holsteinischen Jungsozialistinnen und Jungsozialisten gewählt und konnte vier Jahre später über die Flensburger Liste sein erstes Landtagsmandat einnehmen. Im Mai 1965 wurde der bekennende Linke auf dem Landesparteitag in Travemünde zum Landesvorsitzenden der Sozialdemokraten gewählt. Ein Jahr später übernahm er das Amt des Fraktionsvorsitzenden der SPD und wurde somit Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Zweimal, 1967 und 1971, trat er als Kandidat für das Amt des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten an. Beide Male vergebens, obwohl die SPD bei der Landtagswahl im April 1971 erstmals seit 1947 wieder über 40 Prozent der Stimmen gewann. Parallel zu seiner Abgeordnetentätigkeit schrieb Steffen für mehrere sozialdemokratische Tages- und Wochenzeitungen. Ab 1968 war er für neun Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der SPD und agierte ab Juni 1973 als Vorsitzender der neu eingerichteten Grundwerte-Kommission.

Im Jahr 1973 begann mit der Aufgabe des Fraktionsvorsitzes Steffens langer Rückzug aus der Politik. Steffen kritisierte zunehmend die in seinen Augen antireformistische Politik des Bundeskanzlers Helmut Schmidt und die Haltung der SPD zur Atomenergie. Während Steffen in den 1960er Jahren noch selbst offensiv auf Wirtschaftswachstum und wissenschaftlichen Fortschritt einschließlich der Kernenergie gesetzt hatte, gehörte er ein Jahrzehnt später zu denjenigen, die für Nullwachstum, gegen Atomkraftwerke und für den Frieden mit der Natur eintraten. 1979 verließ er resigniert die SPD. Nach der Abkehr von der sozialdemokratischen Partei übte Steffen seine bereits zuvor praktizierte Kabarettisten-Tätigkeit stärker aus und feierte damit großen Erfolg. Mit Lesungen von Texten der von ihm kreierten Figur Kuddl Schnööf hatte er viele erfolgreiche Auftritte. 1978 wurde er dafür sogar mit dem Deutschen Kleinkunstpreis ausgezeichnet. Ende der 70er Jahre zog Steffen gemeinsam mit seiner Frau nach Niederösterreich. Dort schrieb er weiterhin Kommentare und politische Analysen für mehrere Zeitungen und Zeitschriften zu aktuellen Fragen der bundesdeutschen Politik.

Nach einer längeren Krankheit starb Steffen wenige Tage nach seinem 65. Geburtstag am 27. September 1987 in Kiel.

Literatur

Egon Bahr, Frieden und Entspannung – Tradition im besten Sinn, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 589-596.

Peter Bender, Die „Neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung, München 1995.

Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.), Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1981.

Uwe Danker/Ingrid Schilf/Jürgen Weber (Hrsg.), Jochen Steffen. Eine Dokumentation, Kiel 1990.

Michael Dauderstädt, Von der Ostpolitik zur Osterweiterung: Deutschlands Außenpolitik und die postkommunistischen Beitrittsländer, Bonn 2002.

Jost Dülffer, Europa im Ost-West-Konflikt. 1945-1990, München 2004.

Tilman Fichter, Die SPD und die Nation. Vier sozialdemokratische Generationen zwischen nationaler Selbstbestimmung und Zweistaatlichkeit, Berlin 1993.

Frank Fischer, „Im deutschen Interesse". Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989, Husum 2001.

Helga Haftendorn, Wurzeln der Ost- und Entspannungspolitik der Sozial-Liberalen Koalition, in: Horst Ehmke/Karl-Heinz Koppe/Herbert Wehner (Hrsg.), Zwanzig Jahre Ostpolitik: Bilanz und Perspektiven, Bonn 1986, S. 17-28.

Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945-1965, Bonn 1996.

Hans-Werner Martin, „…nicht spurlos aus der Geschichte verschwinden". Wenzel Jaksch und die Integration der Sudetendeutschen Sozialdemokraten in die SPD nach dem II. Weltkrieg (1945-1949), Frankfurt am Main 1996.

Boris Meissner, Die deutsche Ostpolitik 1961-1970: Kontinuität und Wandel. Dokumentation, Köln 1970.

Heinrich Potthoff/Susanne Miller, Kleine Geschichte der SPD 1848-2002, Bonn 2002.

Heinrich Potthoff, Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961-1990, Berlin 1999.

Heinrich Potthoff, Ostpolitik in Tutzing. Egon Bahr '63, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 48 (2001) 1/2, S. 43-47.

André Schirmer, Die Deutschlandpolitik der SPD in der Phase des Übergangs vom Kalten Krieg zur Entspannungspolitik 1955 - 1970, Münster 1988.

Wolfgang Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948-1963, Wiesbaden 2001.

Wolfgang Schmidt, Die Wurzeln der Entspannung: Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 51 (2003) 4, S. 521-563.

SPD-Bundestagsfraktion (Hrsg.), Rück-Sicht auf Deutschland. Beiträge zur Deutschlandpolitik der SPD, Bonn 1993.

Jens-Peter Steffen (Hrsg.), Jochen Steffen. Personenbeschreibung: biografische Skizzen eines streitbaren Sozialisten, Kiel 1997.

Daniel Friedrich Sturm, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006.

Daniela Taschler, Vor neuen Herausforderungen. Die außen- und deutschlandpolitische Debatte in der CDU/CSU Bundestagsfraktion während der Großen Koalition (1966 - 1969), Düsseldorf 2001.

Manfred Uschner, Die Ostpolitik der SPD: Sieg und Niederlage einer Strategie, Berlin 1991.

Andreas Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung, Bonn 1996.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn (Hrsg.), Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Protokoll der Verhandlungen. Anträge, Hannover 1966.

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Die deutsche Teilung und ihre Überwindung. Sozialdemokratische Positionen zur Deutschlandpolitik 1945 bis heute, Bonn 1991.

Jürgen Weber, Joachim Steffen – Der „rote" Jochen, in: Demokratische Geschichte 3 (1988), S. 597-602.